

Der Mahnruf

Draan für Arbeitslose und Arbeiter

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrabonnement S 1.20

Einzelpreis 10 Groschen

Nummer 12

Graz, erste Maiwoche 1927

1. Jahrgang

Wahltag und Klassenkampf.

Die Wahlschlacht ist vorüber. Die Bourgeoisie hat den verdienten Dentsettel bekommen, aus dem Ruck nach rechts den der Prälat erhoffte, wurde ein Ruck nach links. Die Regierung Seipel steht nach diesem Wahlausgang, welcher der Einheitsliste 7 Mandate (3 an die Sozialdemokraten, 4 an den Landbund) kostete, parlamentarisch auf so schwachen Füßen, daß sie nur mit der Unterstützung des Landbundes eine arbeitsfähige Regierung bilden kann.

Die Sozialdemokratie hat einen gewaltigen Wahlsieg errungen, 225.000 Stimmen hat sie gewonnen, 3 Nationalratsmandate erobert, die Gemeinde Wien ohne Verluste gehalten, obgleich der bloße Zusammenschluß der Christlichsozialen und Großdeutschen schon 3 bis 4 Mandate gefährdete. Der 24. April war ein Triumphtag parlamentarischer Erfolge!

Die Frage aber, die sich jeder Arbeiter jetzt stellt, ist: **Was wird weiter geschehen!** Die Altersversicherung muß verbessert und sofort in Kraft gesetzt werden, das Zollattentat abgewährt, und der Kampf gegen die frechen Vorwände der Alpinemagnaten und Textilbarone sofort aufgenommen werden! Im Parlament? Ja, auch im Parlament, aber nicht nur im Parlament. Um die Angriffe des Kapitals abzuwehren, um eine wirkliche Verbesserung der proletarischen Lebenshaltung zu erzwingen, vor allem aber um die mörderische Arbeitslosigkeit zu mildern, bedarf es der Einsetzung aller Kampfmittel der Arbeiterschaft. Nur die Anwendung aller Kampfmittel kann dieser Bourgeoisie etwas abringen, dieser frechen, gut bewaffneten Bourgeoisie, die mit Gorthy Landesverrat betreibt und mit Mussolini liebäugelt, dieser Bourgeoisie, die ihre Wahl Niederlage zähneknirschend hinnimmt und mehr und mehr mit dem Gedanken eines Staatsstreiches spielt!

Die Wahlen waren eine Demonstration gegen die Reaktion. Das Ergebnis der Wahlen sagt uns: So stark sind wir, wir müssen entschlossener den je zuvor für unser Recht kämpfen.

Einen besiegten gibt es in diesen Wahlkampf auf der Seite des Proletariats. Die kommunistische Partei? Nein! Nicht sie ist besiegt worden! Besiegt wurde nur die falsche Kirchtpolitik ihrer Leitung! Besiegt wurde diese Justament-Politik, die alles eher als revolutionär ist, die dazu geführt hat, daß die kommunistische Partei eigene Kandidaten aufstellte. Eine Politik, gegen die sich die besten Kommunisten von Wien und Steiermark erhoben und als wirkliche Klassenkämpfer alle Arbeiter aufforderten, gegen die Kontrevolution für die Sozialdemokratie zu stimmen, da die Kommunisten keine Aussicht auf Mandats-Erfolge hatten. Diese wirklichen Kommunisten, die stets das Klasseninteresse der Arbeiter im Auge haben, gilt es in ihrem Kampf zu folgen, denn die Arbeiterklasse steht am Vorabend schwerer, entscheidender Kämpfe. Sie ist entschlossen nicht kampflös im Abend zu verkommen, nach diesen Wahlen entschlossener den je zuvor.

Werden die sozialdemokratischen Führer die Arbeiterklasse in diesem Kampf um Arbeit und Brot führen, werden sie es vielleicht versuchen, die Arbeiterschaft auf das Jahr 1931 vertrauen, indem sie die parla-

Sinter den Kulissen.

Kraft in der Christlichsozialen Partei. — Kuntzschat gegen Seipel. — Eine kürmische Vertrauensmännerversammlung.

Seipel hat unter dem Diktate des Schwarzen-ergplatzes, unter dem Diktate der Industriellen alle bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterschaft zusammenschweißen wollen. Obwar die Bourgeoisie sich im Hasse gegen das Proletariat die Hand reicht, hat sich Seipel doch einige Körbe geholt. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sich die verschiedenen Ausbeutergruppen über die Aufteilung der Mandate im Parlament und die Aufteilung der Profitrate nicht einig werden konnten. Unter die Prälatenkutte sind nur die Großdeutschen gekrochen. Diese Partei ist bereit überall hin zu kriechen, wenn sie dadurch ihrem absterbenden Kadaver das Leben verlängern kann. So sind sie

die eifrigsten Stiefelstecker

des Seipel geworden, sie, die einstigen Los-von-Rom-Schreier. Sind sie doch glücklich bei der allgemeinen Schwindsucht, die in ihren Reihen herrscht, noch Mandaterteile zu ergattern, wenn das auch nur auf Kosten einer ungeheuren Besinnungskamperei geschehen kann. Kommende Wahlen, bei denen die Großdeutschen getrennt marschieren, würden beweisen, daß die diversen „Wotanischkeits“ vollkommen auf dem Bauche liegen.

Seipel

war aber doch froh, sie für die antimarxistische Einheitsfront gewonnen zu haben. Er ähnelte darin einem gewissen Sammler, der auch das kleinste Häuflein versammelt.

Der Wahlausgang, der den erhofften Ruck nach Rechts nicht erbrachte, hat nun in den Reihen der Christlichsozialen eine arge Verstimmung hervorgerufen, besonders deshalb, weil die Brautausstattung (die Wählerstimmen), welche durch die Großdeutschen in die Ehe gebracht wurden, sehr mager war und die Großdeutschen trotzdem 2 Mandate auf Kosten der Christlichsozialen gewinnen.

Die christlichsoz. Vertrauensmänner- versammlung.

Die Parteiorganisation Wiens hatte unter strengster Kontrolle eine Vertrauensmännerversammlung ein-

berufen, in der es zu offenem Konflikt zwischen den Seipel- und Kuntzschanhängern kam.

Es fehlte nicht viel und die Bierkrüge wären in Aktion getreten. Die Mannen Kuntzschats griffen wegen des eingegangenen Verhältnisses mit den abgewirtschafteten Großdeutschen die Seipelianer auf das heftigste an. Außerdem protestierten

alle Vertrauensmänner

gegen ihre Parteiführer, die offen die Interessen der Besitzenden gegen die Besitzlosen vertreten und sich im Bankensandal über und über beschmutzt haben. So ungeheuerlich waren die Differenzen in dieser Vertrauensmännerversammlung, daß sie der Vorsitzende vorzeitig schließen mußte.

Die Erbitterung im christlichsozialen Lager über den Wahlausgang und die Verhöhnung über die Großdeutschen ist am besten aus dem Leitblatte des Herrn Kuntzschat, dem „Neuzeitweltblatt“, zu ersehen. Kuntzschat schreibt dort:

„Die Großdeutschen sind so die wahren Kugnießer der Einheitsliste und des Wahlpalles, der unter einer Voraussetzung abgeschlossen wurde, die nicht eingetroffen ist. Unter der Voraussetzung nämlich, daß die Einheitsliste nicht nur die Namen der großdeutschen Mandatäre enthalte, sondern auch die Stimmen der großdeutschen Wähler behalte werde.“

In Wirklichkeit aber blieben nur die großdeutschen Mandatäre übrig, während die Wähler sich abenthielten. In der Einheitsliste im ganzen 85 Mandate errang, von denen je 82alter Besitzstand der christlichsozialen Partei sind, muß die christlichsoziale Partei dem Wahlpalle getreu den Großdeutschen 9 Mandate aus dem eigenen Besitzstand überlassen. Es ist ein Schlußgeschäft, daß die Großdeutschen damit machten, und es kann politisch keine guten Früchte bringen, wenn auch der eben bestandene Kampf die beiden Parteien zunächst zu weiterem Zusammenarbeiten verbindet.“

Unter solchen Verhältnissen wird die kommende Parlamentsperiode eine sehr unruhige sein. Die Bürgerlichen können das eigene Gleichgewicht im eigenen Lager nicht mehr gut aufrecht erhalten. Die parlamentarische Lage wird nicht mehr so stabil sein, wie in der vergangenen Saison. Umso besser für die Arbeiterschaft.

mentarische Mehrheit zu erobern hoffen und den Sozialismus von oben herab einfach verordnen werden? Die Arbeiterschaft hat keine Zeit zu warten. Sie will leben und sie muß kämpfen, um leben zu können. Werden die sozialdemokratischen Führer kämpfen, dann ist es gut. Dann werden wir und mit uns alle Arbeiter und Arbeitslose sie unterstützen. Wenn aber nicht! Wenn sie statt zu kämpfen, vorsichtig und kräftig zur Koalition drängen, dann werden wir selbst den unvermeidlichen Kampf aufnehmen ohne

die Führer und wenn sie sich entgegenstellen, gegen die Führer. Wir haben keine Illusionen, gegen die geleitet aus den bitteren Erfahrungen seit 1918 und wir haben schließlich gerade aus diesem Wahlkampf das stolze Bewußtsein gewonnen, wir sind eine ungeheure, eine gewaltige Kraft! Diese Kraft aber darf nicht ruhen und sich über ihre Größe freuen, sie muß angewendet werden im Dienst und im Interesse des Kampfes um die Befreiung der Arbeiterklasse.

Der 1. Mai und seine Bedeutung.

Der Maiestier entstand als eine Feier internationaler Solidarität der Arbeiter aller Länder als Rundgebung ihres Willens zum einheitslichen Kampf gegen das Kapital.

Der Beschluß des internationalen Sozialistenkongresses im Jahre 1899 in Paris war, am 1. Mai durch Arbeitstube für die Forderungen: Achtstundentag, Arbeitschutzgesetze, allgemeines Wahlrecht u. a. zu demonstrieren.

Der 1. Mai 1927 steht in allen Ländern Europas im Zeichen einer verschärften Wirtschaftskrise, im Zeichen einer allgemeinen Senkung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse, im Zeichen einer ungeheuren Massenarbeitslosigkeit und nicht zuletzt im Zeichen der Zuspitzung der Klassegegensätze. Die europäische Kapitalistenklasse hat Millionen von Arbeitern und Bauern auf den Schlachtfeldern zugrunde gehen lassen, sie hat ungeheure Werte vernichtet und Europa in eine Sackgasse gebracht. Jetzt versucht sie, herauszukommen, indem sie das Lebensniveau der Arbeiter herabsetzt, in jedem Lande Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße wirft und durch Massenflüchten das Leben des Proletariats zur Hölle gestaltet.

In Österreich ist die Massenarbeitslosigkeit zu einer Dauerkrise der kapitalistischen Wirtschaft geworden, eine furchtbare Geißel in den Händen der Kapitalistenklasse, die sie auch über die in den Betrieben strebenden Arbeiter schwingt als Drohung, daß jeder von ihnen auch das Los der 250.000 Arbeitslosen teilen kann.

Gegen die brutale Offenbar der Kapitalistenklasse muß das Proletariat für seine elementaren Lebensforderungen demonstrieren und kämpfen.

Die proletarische Einheit, die im Wahlkampf geschaffen wurde, muß nun eingesetzt werden, um die sofortige Inhaftsetzung und Verbesserung der Altersversicherung, die volle Wiederherstellung des Mietgesetzes, eine allgemeine Erhöhung der Löhne und besonders die Schaffung von Arbeit sowie eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung zu erzwingen.

Keine Kompromisse mit der Bourgeoisie. Keine Koalition mit der Seipelregierung, keine Koalition mit einer anderen bürgerlichen Regierung.

Am 1. Mai müssen alle Arbeiter, Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteiloze demonstrativ aufmarschieren, um ihren Kampfeswillen für ihre Forderungen zu bekunden.

Gegen Kriegsgesfahr und Faschismus muß die ganze Arbeiterklasse mobilisiert werden. Für ein Bündnis mit Sowjetrußland müssen alle Proletarier ihre Stimme erheben. Eine Handelspolitik muß betrieben werden, die den österreichischen Arbeitern durch Auslandsaufträge Arbeit verschafft. Das ist gleichzeitig ein Schlag gegen die Reaktion, die auf Kosten eines zermürbten Proletariats ihre dunklen Pläne aufbaut.

Der 1. Mai

soll alle Werktätigen vereinen im Kampfe gegen Teuerung und Lohnraub, Massenarbeitslosigkeit, Kriegsgesfahr und Faschismus. Am 1. Mai soll demonstriert werden für Arbeit und Brot, für das sofortige Inkrafttreten und Verbesserung der Altersversicherung, für die Wiederherstellung des Anforderungsgesetzes, für höhere Löhne und höhere Arbeitslosenunterstützung und für ein Bündnis mit Sowjetrußland.

Was werden die Landbändler machen.

Im Wahlkampf haben sie gegen die Christlichsozialen, von denen sie doch ihre Stimmen abringen mußten, auf das erbitterteste gekämpft. Ob sie dessen Kampf gegen die Einheitsliste auch jetzt fortführen werden, ist fraglich. Von den Landbändlern hängt es ab, ob die Regierung frech, fromm, fröhlich, frei drauf los regieren kann. Gehen die Landbändler mit den Christlichsozialen in eine Koalition, dann hat

die Einheitsliste bei entscheidenden Abstimmungen, zu denen die absolute Mehrheit, also 83 Stimmen notwendig sind, nur um eine Stimme mehr, da der Vorliegende kein Stimmrecht hat. Der Landbund wird sich aber aller Voraussehung nach in ein Koalitionsverhältnis, falls der Seipel will eingehen, was umso leichter ist, als die Politik des Landbundes von den Großbauern und Großgrundbesitzern diktiert wird. Die Interessen dieser Schicht der Besthenden findet eben in Seipel ohnehin ihren besten Vertreter. Die Großbauern und Großgrundbesitzer wissen das und der Landbund wird deshalb diese Politik einschlagen, die ihren Interessen entspricht.

Die Imperialisten im Kampfe gegen die chinesische Revolution.

Der Imperialismus der Vereinigten Staaten und Großbritanniens hat die Bedeutung der Ereignisse, die sich in der letzten Zeit in China zugetragen haben, vollkommen begriffen; er hat begriffen, daß die chinesische Revolution eine proletarische Orientierung annimmt, daß die Sowjetunion bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung des Kampfes gegen den Imperialismus in China zu erobern beginnt und hat sich deshalb mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft auf die Niederdrückung des erwachenden 400 Millionenvolkes gestürzt.

Anfangs spielte die britische Regierung ein Doppelspiel. Sie versuchte mit der nationalrevolutionären Bewegung zu liebäugeln, da sie die Freundschaft der Sowjetunion mit dem revolutionären China fürchtete und deren Einfluß kannte. Sie hat aber dieses Spiel benützt, um seine militärischen Kräfte zu konzentrieren, um im gegebenen Moment zum loschlagen bereit zu sein.

Nun hat es die Maske der Heuchelei abgenommen. Die Einnahme von Schanghai durch die revolutionären Truppen und der Fall von Nanjing gaben das Signal dazu. Das war für die Kapitalisten von so weittragender Bedeutung, daß sie, um Mittel und Wege zum Vorgehen gegen die chinesische Revolution zu finden, sogar von einem Überfall gegen sich selbst nicht zurückschreckten.

Nordchinesische Truppen zusammen mit russischen Weißgardisten in Uniform der Kantontruppen überfielen die Konjulate Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und Japans in Nanjing. Dies nahmen die Engländer und Amerikaner zum Anlaß, ihre Kanonen gegen die jahrtausendalte Kulturstadt Nanjing zu richten, ihre Arbeiterviertel in ein Trümmersfeld zu verwandeln und unter den Arbeitern ein Blutbad anzurichten. Die Zahl der Todesopfer beträgt mehrere Tausende, während auf Seite der Imperialisten nur 10 Personen, darunter 4 tödlich verletzt wurden.

Damit nicht genug entsandten die Imperialisten an die Kantonregierung ein Ultimatum, enthaltend die Forderung nach „Entschädigung der zu Schäden gekommenen“, also eine Entschädigung der am Leben gebliebenen Witwen und Waisen an ihre Räuber, Propagandare, ein Ultimatum, enthaltend eine unmittelbare Kriegsdrohung an die Kantonregierung, die Drohung der Blockierung aller chinesischen Häfen, die der Revolution Kohle, Eisen und Lebensmittel nehmen, die chinesische Bevölkerung dem Hungertode weihen und die revolutionären Arbeiter schonungslos zermalmen soll.

Alle imperialistischen Mächte organisieren fieberhaft den Krieg gegen China. Sämtliche Kriegsschiffe des Asienflottenverbandes der Vereinigten Staaten werden in Schanghai konzentriert. Fast die gesamte japanische Kriegsflotte kreuzt in den chinesischen Gewässern, 6000 amerikanische Soldaten sind in Schanghai zusammengedogen. Auch Frankreich bleibt nicht zurück; es entsendet Soldaten, Panzerkreuzer und Flugzeuge nach China. Das internationale Viertel von Schanghai, welches von der Südmaree nicht erobert wurde, ist vollkommen verbarricadiert und vom chinesischen Viertel durch Drahtverhaue getrennt. Die Posten der britischen Truppen — 20.000 Mann — sind weit bis in die Chinensiedlung vorgeschoben.

Das alles geschieht unter dem heuchlerischen Vorwande, es gälte die Sicherheit und das Eigentum der paar hundert Ausländer, die über das ungeheure Land verstreut sind, zu schützen.

Die britischen Imperialisten, wissend, daß eine siegreiche Revolution in China den Anfang vom Ende der Herrschaft Großbritanniens über Indien, Vorderasien, Ägypten, gleichzeitig aber auch die kommende Auflösung des britischen Weltreiches bedeutet, sehen in Sowjetrußland den Inspirator der chinesischen Freiheitsbewegung und richten nun ihre Provolationen gegen die Vertreter des großen Proletariats, um einen Krieg mit der Sowjetunion heraufzubeschwören.

In die Sowjetbotschaft Peking's drang eine circa 500 Mann starke Gruppe der von England bezahlten Mukden Truppen unter der Führung Tschang Tso Lins, demolierte die Einrichtung, raubte Dokumente und verhaftete die Angestellten. In Schanghai wurde das Sowjetkonsulat blockiert. In Tientsin machte die chinesische Polizei einen Überfall auf 5 sowjetrussische Wirtschaftsinstitutionen. Die erste Belohnung Englands an Tschang Tso Lin für die Durchführung der Überfälle beträgt 400.000 Pfund Sterling.

Die Sowjetregierung sandte an den Peking Außenminister eine Note, worin sie Anklage erhebt gegen das beabsichtigte imperialistische Verbrechen, sich aber damit begnügt, ihre Peking Gesandtschaft zum Protest abzubekufen, ohne Erniedrigung für das chinesische Volk, das im Norden unter der Diktatur des Banditen Tschang Tso Lin leidet, sich auf die unbedingt nötigen Wiedergutmachungsforderungen zu beschränken und die Arbeiter der ganzen Welt zur Hilfeleistung für die chinesische Freiheitsbewegung aufzurufen.

Die Sowjetregierung, die über genügende Mittel verfügt, um mit den schärfsten Repressalien zu antworten, verzichtet auf derartige Maßnahmen, sie läßt sich von niemanden provozieren und wird mit allen Mitteln die Sache des Völkerfriedens verteidigen.

Noch ein Mittel versuchen die verbündeten Imperialisten, um die gewaltige chinesische Revolution zum Stillstand zu bringen, sie im Blute zu erstickten. Sie sind bestrebt in die Reihen der Kantontruppen Uneinigkeit zu säen, mit Hilfe der rechten Elemente eine Spaltung in die nationalrevolutionäre Bewegung hineinzutragen, sie versuchen eine Einheitsfront von Schang Kai Schek, dem Eroberer Schanghai's, bis Tschang Tso Lin zu schaffen, welche die Imperialisten-Herrschaft noch einmal retten soll.

Tschang Kai Schek war der Führer der Revolution, solange es galt nur die nationale Freiheit zu erringen. Als sich die nationale Revolution in eine soziale zu verwandeln begann, wurde der gleiche General ein williges Werkzeug der Imperialisten, nimmt den Kampf gegen das eigene Volk auf, scheidt seine Truppen aus, um die Arbeiter zu entwaschen, ihre Organisationen aufzulösen, ihr Gewerkschaftshaus zu besetzen.

Die Freiheit hat eben einen ganz andern Sinn für die chinesische Bourgeoisie als für den chinesischen Kuli.

Mag Tschang Kai Schek auch in Nanjing eine Gegenregierung bilden und erklären, daß er die Kommunisten ausrotten werde, mag er auch mit blutiger Gewalt das chinesische Proletariat unterdrücken, das erwachte 400 Millionenvolk wird den Kampf weiterführen, bis zur vollkommenen Befreiung aus Sklaventritten, bis zum endgültigen Siege.

Ein Vorstoß auf die Sabaliden.

Die Bourgeoisie bleibt im Kampfe gegen die Erregungenschaften von 1919 nicht stehen. Damals sahen die Proletarierkäufe locker in den Taschen und die Betriebe konnten zu jeder Zeit Zehntausende begeistelter Massen auf die Straße werfen, vor deren Anblick die Bürgerlichen damals sich verkrochen und deshalb konnte die Regierung Kenner-Ganusch Gesetze schaffen, die der werktätigen Bevölkerung zugute kamen. Jetzt verlassen sich die Arbeiter unter dem Einfluß

Der S. P. nur auf das Parlament und verlieren eine Position nach der anderen. Kurz vor Vorchluss hat die Seipelregierung noch einen insamen Anschlag auf die Invaliden verübt. Die aus der Regierungszeit Renner-Hanusch stammende Verordnung, nach der die Trafiken an die Kriegssopfer vergeben werden müssen, wurde aufgehoben, nachdem Kleinböck schon 1923 es unmöglich machte, daß den Kaufleuten, Besitzern, Doppelverdienern usw. Trafiken zugunsten der Invaliden genommen werden können. Entschied früher ein Befehlsgauschuß, in dem Invalide und Kriegervitwen vertreten waren, so geschieht dies nun durch die Finanzverwaltung. Die Freunderlwirtschaft und Protektion hat nun freie Bahn. Nur derjenige, welcher einen Freund unter den Schwarzen hat, wird in den Besitz der Trafiken kommen. Prälate, Pröbste, christlichsoziale Mandatäre und deren Freundinnen werden entscheiden über die zukünftige Trafikenebenetzung. Die Bourgeoisie hat durch diesen Raub an den Kriegssopfern wieder ihr wahres Gesicht gezeigt und dem Proletariat ist wieder ein Stück aus den Errungenschaften von 1919 verloren gegangen. Es ist doch so, daß die Bürgerlichen die eigentlichen Nutznießer in der gegenwärtigen Demokratie sind. Ist es richtig, daß wir alle Verluste mit dem Troste hinnehmen müssen, daß wir noch nicht die Mehrheit im Parlamente haben? Sollen wir wirklich nur alle vier Jahre einmal, und da nur mit dem Stimmzettel, der Bourgeoisie entgegentreten? Wir glauben nein und sagen: Proletarietvertreter ins Parlament, sehr gut. Die Demokratie auf parlamentarischem Gebiete ausnützen, sehr gut. Besser aber noch wirken die außerparlamentarischen Mittel auf die Bourgeoisie und beide Kampfmethode verbunden, geben Aussicht auf Erfolg.

Die Navag glaubt die Abonnenten müssen alles freffen.

In der Wahlberichterstattung leistete sich die Navag etwas Unerhörtes. Sie berichtete wohl aus jedem schwarzen Bauernnest mit sichtlich Freude die christlichsoziale Stimmenanzahl und ließ offensichtlich viel wichtigere Berichte aus roten Gegenden aus. Dieser Einfluß der Schwarzen auf die Navag, deren Abonnenten zu acht Tausend Werkstätige sind, muß verschwinden. Das Proletariat will zur Kanzel nicht noch eine Verdummungsinstitution mehr.

Aus dem Alltag.

Wer bei Mayr-Melnhof arbeitslos wird, muß verhungern.

Alle Arbeiter, die bei Mayr-Melnhof beschäftigt sind und arbeitslos werden, bekommen keine Arbeitslosen-Unterstützung, weil im Arbeitslosenversicherungsgesetz ein Paragraph enthalten ist, der von Mayr-Melnhof mit Unterstützung der Landesregierung und des Bundesministeriums so ausgelegt wird, wie es dem Selbstzweck dieses Großgrundbesizers und Aktionärs entspricht. Der Paragraph besagt nämlich, daß die Beschäftigung in der Forst- und Landwirtschaft nicht versicherungspflichtig ist. Abgesehen von dem Unrecht, das dadurch von den Land- und Forstarbeitern begangen wird, kann unserer Meinung der Paragraph nur so ausgelegt werden, daß nur Land- und Forstarbeiter von der Unterstützung ausgeschlossen werden können und nicht die Arbeiter anderer Berufsgruppen. Es arbeiten z. B. bei Mayr-Melnhof unter den Land- und Forstarbeitern auch Waldbahnarbeiter, Monteure, Wäscherinnen usw. und Mayr-Melnhof leistet auch für die Arbeiter dieser Berufe keine Ver-

sicherung, so daß alle Arbeitslosen, die bei diesen Ausbeuter und vielfachen Millionär gearbeitet haben, verhungern müssen. Die Dinge liegen sogar so traurig, daß für die in Graz bei Mayr-Melnhof tätigen Arbeiter keine Versicherung geleistet wird. Diese Zustände sind unhaltbar. Es gehört in den Aufgabenzirkel der Arbeiterkammer gegen Mayr-Melnhof und seiner Auslegung des Arbeitslosen-Unterstützungsgesetzes einzuschreiten, damit die Arbeiter, die bei ihm gearbeitet haben und entlassen wurden, nicht hungrig und verzweifelt herumirren müssen.

Für Arbeitslose wichtig zur Beachtung.

Arbeitslose, die von der J. B. K. abgewiesen werden und Einspruch erheben, dürfen die Kontrollmeldung nicht unterbrechen, da sie sonst, falls sie durch den Einspruch wieder in den Bezug der Unterstützung gelangen, für die Zeit der Nichtmeldung keine Unterstützung bekommen. Es kommt oft vor, daß der Schalterbeamte nach einem abweisenden Bescheid der J. B. K. von der weiteren Kontrollmeldung abträt. Nicht darauf hören, ganz besonders dann nicht, wenn der Betreffende einen Einspruch gegen den Bescheid vorhat. Also weiter melden!

Vertreter gesucht.

So lauten Hunderte von Annoncen. Vom Schubbanderzeuger bis zur Winkelbank, die Lose vertreibt, macht sich alles an die Arbeitslosen der höheren Berufe mit diesen Annoncen heran. Endeffekt in allen Fällen: Enttäuschung, Schulden und vielleicht noch Verlust der Unterstützung.

Neuigkeitsberichte.

Sittlichkeit in christlichsozialen Kreisen.

Gegen die Wiener Wäschezeuger Kotter und Sohn, beide christlichsoziale Größen, wurde von der Lehrlingschutzstelle an das Gericht die Anzeige erstattet, da sie den in ihrem Betrieb beschäftigten Mädchen den Körper abgriffen, sie ständig ins Klosett verfolgten und vergewaltigten. Widerstrebende wurden entlassen.

Mit Word und Brand.

Die Merikalen Meritos bereiten einen Aufstand gegen die Regierung Calles vor. Sie wollen wieder in den Besitz ihres Vermögens und ihrer Ländereien kommen, die ihnen unter einer vernünftigen Volksregierung genommen wurden. An allen Ecken und Enden schüren sie den Brand. Der Generalstabschef der mexikanischen Armee wurde von ihnen ermordet. Ein Gouverneur wurde für einen Aufstand bestochen, Eisenbahnzüge überfallen und in Brand gesetzt. Die Merikalen Mexikos arbeiten wie im Mittelalter unter der Inquisition, furchtbar und grauenerregend; nur zu erklärlich, denn durch den Entzug der materiellen Machtmittel wurde ihnen das Fundament entzogen.

Einer, der noch immer nicht stirbt.

Im Jahre 1925 wurde der Generaldirektor der Brotfabrik Arthur Fried wegen Brotmangels zu drei Wochen strengen Arrest und zu zwei ganz, vier Jährigen Millionen Schilling Geldstrafe verurteilt. Bis heute wurde die Geldstrafe nicht entrichtet und die Arreststrafe nicht angetreten. Zwischen der christ-

lichsozialen Partei und Fried sollen Verhandlungen über eine Loskaufung von der Arreststrafe stattfinden. Das macht alles erklärlich. Arbeiter bekommen in den seltensten Fällen Strafaufschiebe. Das ist Klassenjustiz.

Fortschritt.

Der Papst läßt im Vatikan einen Radiosender aufstellen, um mittels Rundfunkübertragung zu den Katholiken sprechen zu können. Also wird die Stimme Gottes tatsächlich aus den Wolken kommen.

Psuirufe gegen Seipel reizen die Polizei.

Nach einer christlichsozialen Versammlung in Wien, in der Seipel gesprochen hat und wie immer gegen den revolutionären Schutt losdonnerie, empfingen ihn die Arbeiter mit Psuirufen. Dienstbeflissene Polizeibeamte verhafteten die Arbeiter, mußten jedoch dieselben auf Intervention der Abgeordneten Stein und Grödlige wieder freilassen.

Eine interessante Bekanntschaft.

Der griechische Finanzminister ist ein Feind von Subsidien und will deshalb eine Steuer auf das Tragen von Subsidien erlassen. Er ist eben für einen kurzen Bestand der Frauen.

Christliches vom Salzburger Erzbischof.

Die Bundesbahnassistentenwitwe Theresie Steuer hatte den Salzburger Erzbischof zum Hausherrn. Als sie starb und ihre zwei kleinen Kinder mit der Großmutter ohne Hilfe dastanden, benützte dies der Erzbischof, vielmehr seine Köchin, zur Kündigung. Alle Bitten waren vergebens. Die Köchin erklärte, die Kinder mit der Großmutter müssen hinaus. Da kein Kündigungsgrund vorliegt, werden die Kinder trotz des unchristlichen Verhaltens des Erzbischofs ihr Heim nicht verlieren.

Durch den Fallschirm gerettet.

Ein englischer Fliegeroffizier, der durch Veragen seines Motors aus einer Höhe von 8000 Fuß abzustürzen drohte, konnte sich durch Abpringen mittels Fallschirm glücklicherweise retten, während der Apparat im Aufschlagen in Flammen aufging.

Ein Freiherr als Dieb.

In Wien wurde ein gewisser Guido Platzschil, ehemaliger Freiherr v. Gattlinger, verhaftet, weil er in einer Pension, in der er die Miete schuldig blieb, zwei Ullster und ein Paar Handschuhe gestohlen hatte.

Die Überschwemmungskatastrophe am Mississippi. Diese größte aller Überschwemmungskatastrophen hat bereits 100.000 Menschen obdachlos gemacht. Ganze Dörfer sind vom Erdboden verschwunden. Bahn und Telephon sind fast vollkommen unterbrochen.

Zusammenstoß mit einem Eisberg. Ein Fischerdampfer ist in der Nähe der Insel Sachalin mit einem Eisberg zusammengeprallt. Die gesamte Besatzung von 50 Mann kam ums Leben.

Im jugendlichen Übermut erschossen. Der 17-jährige Cyril Hodolek wollte seinem Freund Paul Sedawolsky eine Probe seiner Schießkunst geben, indem er diesem einen Apfel auf den Kopf stellte und aus

einiger Entfernung darauf schöß. Die Kugel traf aber nicht den Apfel sondern den Freund, der auf der Stelle tot war.

Eine bestialische Missetat. Katholische Bischöfe im Spiel? In Mexiko überfielen Banditen einen Expresszug, töteten das Begleitpersonal und plünderten die Passagiere, in die sie wahllos hineinschossen, vollkommen aus. Die Frauen und Kinder trieben sie in zwei Waggons zusammen und zündeten dieselben an. Die sich brennend noch retten wollten, wurden niedergeschossen. 180 Personen fielen diesem Überfall zum Opfer. Im Zusammenhange damit wurden fünf Bischöfe aus Mexiko, die der Organisation dieses Überfalles verdächtig sind, ausgewiesen. Die höhere Geistlichkeit weist die Beschuldigungen zurück. Es wäre aber nicht das erste Mal, daß die Brüder der christlichen Nächstenliebe zum Morde greifen.

Unerwarteter Besuch. In Spittal a. d. Drau entkam der Menagerie Kluska ein Elefant, welcher ins Hotel „Salzburg“ eindrang, die Küche aufsuchte, sich an den dort befindlichen Speisen etwas zugute kommen ließ und sodann Gläser und Geschirr vernichtete. Wärter fingen den Ausreißer, der viel Schreden angerichtet hat, ein.

Statt Verleumdung in den Tod. Die Frau des Arbeitslosen Friedrich Gollner, Wien IX., vergiftete sich und ihr einjähriges Kind, um der Not, in die die Familie durch die Arbeitslosigkeit geraten war, zu entgehen.

Der 1. Mai in Rußland. Der Moskauer Sowjet hat den 2. Mai zum Ruhetag erklären lassen, da der 1. Mai auf einen Sonntag fällt. Die diesjährige Maifeier soll alle übrigen durch den riesenhaften Aufmarsch der Arbeiter und Angestellten übertreffen.

Schlangentanz, der Verräter. Der bezahlte Söldling der Imperialisten ließ den Präsidenten und den Schriftführer des Seeleuteverbandes vor einigen Tagen heimlich hinrichten. Die ganze Empörung der Arbeiterschaft richtet sich nun auf diesen Verräter der Revolution.

Eine interessante Erfindung. Ein Budapest Ingenieur konstruierte für den Wagenführer der Straßenbahn einen Kontrollspiegel, wodurch er die auf- und absteigenden Passagiere beobachten kann. Durch diese Einführung würde das Abläuten des Schaffners überflüssig und könnten Straßenbahnunfälle verhindert werden.

Eine Kindesleiche im Klosett. In der Damenabteilung einer Bedürfnisanstalt in Wien wurde eine zerstückelte Kindesleiche gefunden. Die Erhebungen nach der Mutter waren bisher erfolglos.

Parteinachrichten.

Mitglieder des 6. und 2. Bezirkes!
Donnerstag, 5 Mai, 1/2 8 Uhr abends im Gasthaus
Schmann, Schönaugürtel Nr. 21
Mitgliederversammlung.
Pünktlich und pünktlich erscheinen.
Oppositionsleitung der Kommunistischen Partei.

Erklärung.

Vom Anstell.: Als Redakteur des „Mahnrufes“ wird erklärt, daß die in Nummer 2 und 3 des „Arbeitslosen“ und in Nummer 6 des „Mahnrufes“ gegen Herrn Heinrich Dobrowski, Regierungsrat i. N. und Bürgermeister von Pöber, erhobenen Anwürfe nicht den Tatsachen entsprechen, daß sie vom Anstellten lediglich deshalb gedruckt wurden, weil dieser im Drange der Geschäfte es übersehen hatte, die genannten Artikel durchzulesen. Der Anstell., als verantwortlicher Redakteur erklärt, daß er gegen Herrn Heinrich Dobrowski keine wie immer gearteten Anwürfe erheben kann.

Arbeitslos Tod.

Ein emsiger Arbeiter aus dem proletarischen Lager, wurde er mitten in der Arbeit, über den Reaktionsstich gebeugt, vom Tode ereilt. Wahrscheinlich ein schönes Ende.

Die deutschen Kommunisten zur aktiven Abwehr bereit.

Die reaktionären Verbände marschieren am 8. Mai aus ganz Deutschland in Berlin auf. Der Führer des „Stahlhelm“ erklärte: „Wir kommen am 8. Mai nach Berlin, nicht um die Hauptstadt zu begräßen, sondern um sie zu erobern. Nachdem wir jahrelang um die Festsung herumgegangen sind, fassen wir sie jetzt und nehmen sie im Sturm.“ Das ist nichts anderes als eine Putzschlacht. Die deutschen Kommunisten und der rote Frontkämpferbund sind zur Vegräbung bereit, sie rüsten zu Gegenkundgebungen, an denen sich schätzungsweise 100.000 bis 150.000 Arbeiter beteiligen werden. Die Avantgarde des deutschen Proletariats tritt dem Gegner offen entgegen. Das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ hat nur zur Bereitschaft aufgerufen, es vertritt sich also.

Parlamentarische Eroberungen der Sozialdemokraten.

Im Landtag für Steiermark.

Bisher hatte die sozialdemokratische Partei im steirischen Landtag 20 Stimmen. Gewonnen wurde 1 Stimme, wodurch die S. P. mit 21 Sitzen zur größten Fraktion vorrückte. Die Landesregierung Steiermarks, die aus 9 Mitgliedern besteht, wird sich nunmehr aus 4 Sozialdemokraten, 3 Christlichsozialen, 1 Großdeutschen und 1 Landbändler zusammensetzen.

In Buz

haben die Sozialdemokraten im Gemeinderat die Mehrheit erobert. Bis jetzt hatten die Bürgerlichen und Sozialdemokraten je dreißig Sitze. Nunmehr sitzen 32 Sozialdemokraten 28 Bürgerlichen gegenüber.

In Kärnten

sind die Sozialdemokraten ebenfalls zur stärksten Partei geworden.

Der Arbeiter und der Arbeitslose sowie die proletarische Hausfrauen sind der Meinung, daß diese Wahlsiege aber trotz alledem bedeutungslos bleiben, wenn die sozialdemokratische Partei auf diesen moralischen Sieg, den sie gegenüber den Bürgerlichen errungen hat, nicht Laten, die im Interesse des Proletariates gelegen sind, folgen läßt.

Wieder eine Entscheidung gegen die schwarze Zwingsburg.

Die Eheleute Anton und Rosa S. in Liesing sowie Marie Sp. in Hainburg und Johanna Sch. in Baden meldeten ihre Kinder als konfessionslos an. Die Bezirkshauptmannschaft nahm dies nicht zur Kenntnis. Der Landeshauptmann von Niederösterreich und das Ministerium unterstützte die Bezirkshauptmannschaft. Die Eltern erhoben Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof und behielten recht.

Proletarische Eltern, ihr sollt euch alle mit euren Kindern konfessionslos melden und den Alerikalen den Rücken wenden. Ihr sollt eure Kinder nicht weiter von den Pfaffen verdammten lassen, ihr sollt geschlossen austreten aus der katholischen Kirche.

Wir wollen aber durchaus nicht sagen, daß damit die Kirche schon besiegt ist. Ihre Macht muß noch an der Wurzel, das sind ihre materiellen Güter, getroffen werden.

Demokratie.

Es saß mit breitem Hinterteil
Der Dicker auf dem Dünnen
Und sprach zu ihm, jetzt können wir
Demokratisch zu reden beginnen.

Du weißt, ich hasse die Despotie
So, wie die Aufruhrgewalt:
Es möge jeder seinen Platz
An der Sonne in Frieden erhalten.

Drum bin ich dagegen, daß wir uns entzwei'n,
Ich hasse Kanonen und Lunten —
Wir wollen gut pazifistisch sein,
Ich oben und du unten!

Im Jenwärts tauschen wir dann den Platz,
Dort will ich dich gerne tragen —
So sind die Lasten gleich verteilt,
Du kannst dich nicht beklagen.

Einstweilen jedoch ist der status quo
Die wichtigste Ordnungsschlüge:
Drum bleib ich mit meinem Prachtpropo
Auf angestammtem Sitze. Westkopf (Drog).

Einwände meiner Großmutter.

Meine Großmutter war eine überlegene Frau, und voller guter Überlegungen. Aber sie mißtraute instinktiv allen Neuigkeiten. Als man ihr das erste Mal von der Eisenbahn erzählte, antwortete sie: „Niemals hat man Wagen ohne Pferde gesehen!“

Seit vielen Jahren, während ich sozialistische und kommunistische Propaganda mache, stieß ich immer wieder gegen das Argument meiner armen Großmutter: „Man hat so was noch nie gesehen!“ oder auch: „Ihr werdet die menschliche Natur nicht ändern.“ sowie: „Stend und Krieg haben immer existiert und werden immer existieren.“ Sprechen Sie mit Ihrer Pförmlein, disputieren Sie mit einem Akademiker, lesen Sie eine bürgerliche Zeitung, alle werden einstimmig die gleiche Einwendung zu machen haben: „Man hat so etwas noch nie gesehen!“

Trotzdem, wenn eine Sache Allgemeinheit hat, dann ist es sicher der Wandel der Dinge. Die Geschichte ist jene Uhr, die immer läuft, ohne aufgezogen zu werden, jenes Perpetuum mobile, das stolze, der Wirklichkeit verschlossene Geister unnäherweise suchen. . . . Die alte Sklaverei, die man als ewig ansah, verschwand, die Leibeigenschaft auch. Warum sollte das Lohnsystem, diese letzte Form der Sklaverei, eine Ausnahme machen? Ungläubige Kaiserreiche sind zusammengeklüßt, Revolutionen haben die Welt erschüttert. Trotz aller Ungläubigkeit der Großmutter rollt man von einem Ende der Welt zum andern mit der Eisenbahn, man überfliegt das Weltmeer mit dem Flugzeug, man spricht mit einem Freund in Paris von Rom aus, man befördert eine Nachricht in einigen Sekunden von Paris nach New York.

Alles ändert sich, alles wechselt. Nehmen Sie an, daß nur die menschliche Dummheit als festes Eigentum ewig ist?

Überblicken Sie nur die letzten zwanzig Jahre! Drei Revolutionen in Rußland, Revolution in der Türkei, Revolution in China, Russisch-japanischer Krieg, Balkankrieg, Sturz dreier Kaiserreiche, Wachtgreifung der Arbeiterklasse in einem vierzigmal so großen Lande wie Frankreich.

Das alles in nur zwanzig Jahren! Gewiß respektiere ich meine Großmutter, was aber habe ich von ihrem Argument gegen den Kommunismus zu halten?

Charles Chapayov.